Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 41. Donnerstag den 10. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das für die am 3. October 1869 zu Eilenburg geborene **Clara Ida Uebe** von uns im Jahre 1885 unter Nr. 1166 ausgestellte Arbeitsbuch ist verloren gegangen und bitten wir, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Obstmarkt 3, 2. Etage, Zimmer 115 (Stadthaus) abzuliefern.

Leipzig, den 7. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

VI. 582. Dr. Georgi. Reichel.

Vermiethung.

Das der Stadtgemeinde gehörige, aus **Erdgeschoß** und **vier Stockwerken** bestehende **Hausgrundstück Thomasgäßchen Nr. 8,** in welchem zeither **Bäckerei** betrieben worden ist, soll **vom 1. April ds. Js. an zu gleichem oder ähnlichem Zwecke gegen jährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen nebst Inventarien-Verzeichniß des zu vermiethenden Hauses eingesehen werden.

Leipzig, am 1. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 510. Dr. Georgi. Stöß.

Nutz- und Brennholzauction.

Freitag, den 11. Februar c., sollen im Forstreviere **Connewitz** die auf der **neuen Eisenbahnlinie** in der **Nonne** aufbereiteten Hölzer, als:

I. von Vormittags 9 Uhr an

ca. 60 Eichen-, 15 Weißbuchen-, 14 Eschen-, 1 Ahorn-, 8 Rüstern-, 7 Ellern-, 3 Linden-, 2 Pappeln- **Nutzklötze** und 70 **Schirrhölzer**, sowie

II. von Vormittags 10 Uhr an

ca. 10 Rmtr. Eichen-**Brennscheite**,
" 36 Haufen **starker Abraum** und
" 15 " **hartes Schlagreisig** (Langhaufen)

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der **Kreuzung** der **neuen Eisenbahnlinie** mit dem **Nonnen-** und **Schleußiger Wege,** unweit des **Rödelwehres.**

Leipzig, den 28. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Erstatteter Anzeige zufolge hat **Ernestine Pauline Pezold** aus Imbach im December vor. Js. ihr vom Gemeindevorstand zu Ebenberg am 1. October 1885 ausgestelltes Dienstbuch Nr. 127 in hiesiger Stadt verloren.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle bei uns abzugeben.

Leipzig, am 4. Februar 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Bretschneider. Haldig.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Anmeldungen neuer Schülerinnen nimmt der Unterzeichnete **Freitag, den 11. Februar, von 10—12 und 3—5 Uhr** und **Sonnabend, den 12. Februar, von 10—1 Uhr** in der I. Bürgerschule für Knaben entgegen. Bei der Anmeldung ist das Censurbuch, bez. die letzte Censur vorzulegen.

Leipzig, den 8. Februar 1887. Dir. **C. Reimer.**

Schulbau zu Lößnig.

Die bei dem Neubau unserer Schule vorkommenden Steinmetz-, Tischler-, Schlosser-, Glaser-, Lackirer- und Maler-, Dachdecker-, Ofen- und Blitzableiterarbeiten sollen auf dem Wege der Submission, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bewerbern, vergeben werden.

Blanquets können gegen Erlegung der Copialgebühren von Herrn Gemeindevorstand Bemme bezogen werden und sind bis zum 24. Februar ds. Jrs. ausgefüllt und versiegelt bei Ebendemselben einzureichen.

Lößnig, den 7. Februar 1887. **Der Schulvorstand das.**

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Die französische Kammer hat am Dienstag die von Boulanger geforderten 86 Millionen für außerordentliche Armeebedürfnisse und außerdem 30 Millionen für die Marine gleichfalls zur Deckung des außerordentlichen Bedarfs ohne Debatte genehmigt, nachdem der Ministerrath beschlossen hatte, sich gegen die Vertagung der Berathung zu erklären. Der Ministerrath begründete seinen Beschluß damit, daß die 86 Millionen zum Budget des Kriegsministeriums gehören, von der Budgetcommission längst bewilligt und von keiner Partei angefochten seien. Tags zuvor hatte die royalistische Gruppe der Rechten sich für die Annahme des Credits entschieden. Auch hier wieder zeigt sich, daß der Parteihader in Frankreich sofort verstummt, wenn es sich um Aufwendungen für Armeezwecke handelt. Bei uns pflegen derartige Forderungen nicht so geräuschlos bewilligt zu werden. Die Septennatsfrage beschäftigte den aufgelösten Reichstag volle sechs Wochen in sechs Plenar- und acht Commissionssitzungen und hat im ganzen deutschen Reiche eine Aufregung erzeugt, welche gegenwärtig noch fortwirkt und erst nach der Annahme der Vorlage durch den neu gewählten Reichstag zur Ruhe kommen wird. An dieser Annahme ist jetzt glücklicher Weise nicht mehr zu zweifeln. Die Franzosen haben auch den Gesetzentwurf zur Reorganisation der Armee, welcher eine ungleich bedeutendere Erhöhung der Friedenspräsenz bedingt als das Septennatsgesetz, in der Commission einstimmig genehmigt, und es ist vorauszusehen, daß die Kammern diesem Beschluß in derselben geräuschlosen Form beitreten werden, wie das mit dem 86-Millionen-Credit geschehen ist.

Das dritte Beispiel von kluger Zurückhaltung, welches uns die Franzosen in neuester Zeit gegeben haben, ist der Verzicht des Abgeordneten Lacroix auf seine Anfrage wegen der auswärtigen Lage, nachdem der Ministerpräsident Goblet eine solche Berathung für überflüssig erklärt hatte, da ja Freycinet sowohl wie er selbst schon wiederholt die friedlichen Absichten der Regierung zu erkennen gegeben hätten und die Börsenpanik lediglich durch Speculanten hervorgerufen sei. Wie wenig wählerisch diese Speculanten in der Wahl ihrer Mittel auch bei uns sind, hat das falsche Gerücht über die 300-Millionen-Anleihe bewiesen, welches vor einer Woche an der Berliner Börse verbreitet wurde, und die neuerdings umlaufenden bereits dementirten Gerüchte, daß über Elsaß-Lothringen der Belagerungszustand verhängt und 100 Millionen Reichsschatzscheine ausgegeben werden sollten. Dagegen ist es bittere Wahrheit, daß Graf Moltke einer conservativen Wahldeputation gegenüber die Lage für sehr ernst erklärt hat. Was sind solcher schwerwiegenden Erklärung gegenüber alle Bemühungen werth, die Lage als durchaus friedlich und gefahrlos darzustellen?

Als einziger fester Anhaltspunct für den Uneingeweihten bleiben Parlamentsbeschlüsse und in die Oeffentlichkeit gelangte Regierungshandlungen zur Beurtheilung der Lage übrig, und man wird nicht in Abrede stellen, daß die schnelle und plötzliche Annahme der für Armee- und Marinezwecke geforderten Summen von der französischen Kammer nicht besonders beruhigend wirken kann. Wie man die Lage in St. Petersburg und in London vorher angesehen hat, kommt darum gar nicht in Betracht, abgesehen von den Schlüssen, welche sich daraus für die Beziehungen Deutschlands zu Rußland ergeben; diese letzteren scheinen allerdings augenblicklich kaum etwas zu wünschen übrig zu lassen. Die Stimmung schlägt aber bekanntlich in St. Petersburg sehr schnell um, und Herr Katkow dürfte in dieser Hinsicht anderer Meinung sein als Herr v. Giers.

Auch die Kammerverhandlungen in Brüssel lassen erkennen, daß man dort die Lage ernst auffaßt. Das Kriegsministerium beansprucht an außerordentlichen Ausgaben für die Neubewaffnung der Infanterie und für Festungsbauten in Lüttich und Namur 20 Millionen. In Oesterreich-Ungarn ist man ebenfalls sehr eifrig mit Vorsichtsmaßregeln für alle Fälle beschäftigt, und in Italien haben die Nachrichten aus Afrika besonders deshalb so schwere Beunruhigung zur Folge gehabt, weil dadurch die Verfügung über einen Theil der Armee in Europa beeinträchtigt wird. Das Ministerium Depretis hat dem Ansturm der Volksvertretung weichen müssen, weil jetzt für überseeische Unternehmungen die Zeit höchst ungeeignet erscheint. Daß die öffentliche Meinung ehedem die Expedition nach Massauah mit der größten Begeisterung begrüßt hat, dessen erinnern sich die Italiener heute nicht mehr; heute suchen sie nur noch einen Schuldigen, den sie für den Mißerfolg verantwortlich machen können, und den scheinen sie jetzt auch in der Person des Kriegsministers Ricotti gefunden zu haben, der es unterlassen hat, die dringend vom General Genè verlangte Cavallerie nach Afrika zu senden. So sehen wir die Erregung wegen einer über Europa schwebenden unbestimmten, noch nicht greifbaren, aber gleich einer schweren Gewitterwolke heranziehenden Gefahr überall verbreitet, und kein Beschwichtigungsversuch hat bisher ausgereicht, um sie zu bannen.

Was uns angesichts der so ernsten Lage zur Beruhigung dient, ist das Bewußtsein, daß die Leitung unserer auswärtigen Politik und unserer Armee sich in den besten und bewährtesten Händen befindet und daß das deutsche Heer allen übrigen Heeren Europas durch die Vorzüglichkeit seiner Organisation, seiner Bewaffnung, seiner Disciplin und seiner todesmuthigen Tapferkeit überlegen ist. Die europäischen Mächte wissen, daß Deutschland keine Eroberungspolitik treibt, daß es gegen Niemanden einen Angriff beabsichtigt; was wir allein im Auge haben, ist der feste Wille, uns nicht überraschen zu lassen, für jeden Ueberfall stets aufs Beste gerüstet zu sein.

Der französische Oberkriegsrath, der kürzlich in Paris versammelt war, hat sich wieder aufgelöst und wird erst im Mai, wie die „Kölnische Zeitung" meldet, aufs Neue zusammentreten. Bis dahin soll Alles vermieden werden, was zu einer falschen Auslegung Anlaß geben könnte, und solche Maßregeln sollen getroffen sein, um die friedfertigen Versicherungen der französischen Regierung zu bestätigen. Worin diese Maßregeln bestehen, wird nicht gesagt, insbesondere schweigt der Bericht über die Barackenbauten an der deutschen Grenze. Ebensowenig verlautet etwas über den Zweck der Wiedereinberufung des Oberkriegsrathes für den Monat Mai.

Von den Wahlen trennen uns nur noch elf Tage. Die Vorbereitungen sind überall getroffen, die Wahlcandidaten aufgestellt, die Hauptgesichtspuncte nach allen Seiten hin klar gelegt, es bedarf also jetzt nur noch des Hinweises auf die außerordentliche Wichtigkeit der diesmaligen Wahl, damit durch Aufbietung aller vorhandenen Wähler die Wahl von Gegnern des Septennats, soweit irgend möglich, vermieden wird. Das Wahlbündniß zwischen den Conservativen und Nationalliberalen hat sich trotz aller Bemühungen der Gegner als fest erwiesen, dagegen wird der Bund zwischen Centrum und Deutschfreisinnigen voraussichtlich in vielen Bezirken in die Brüche gehen, nachdem Rom gesprochen hat. Die Wirkung, welche Windthorst mit seiner Rede in Köln erzielt hat, wird er wohl nicht erwartet haben, es wird ihm aber gewiß schon heute klar sein, daß er unter seinen Parteigenossen mit der ferneren Verfechtung des Triennats sehr wenig oder gar keinen Anklang mehr finden wird. Das Centrum hält äußerlich noch zusammen, aber einen starken Riß hat das Parteigebäude erhalten. Vor allen Dingen wollen wir uns gegenwärtig halten, daß eine imposante Mehrheit für das Septennat die beste Bürgschaft für die Aufrechthaltung des europäischen Friedens bilden wird. *

Leipzig, 10. Februar 1887.

* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Justizwesen hielten am Dienstag eine Sitzung.

* Der telegraphische kurze Auszug, den wir aus der langen Kölner Rede des Centrumsführers Dr. Windthorst mitgetheilt, enthielt wirklich, wie wir aus den nunmehr vorliegenden eingehenden Berichten ersehen, alles Thatsächliche, was der Redner vorgebracht. Alles Andere war, um uns eines Ausdruckes des Fürsten Bismarck zu bedienen, „Brimborium". Auch an Gegnern fehlte es nicht in der Versammlung. Aber wer nur das Wort „Septennat" aussprach, der lag schon vor der Thüre. Der Vorsitzende, Abgeordneter Rade, glaubte dies wohl mit den Worten angekündigt zu haben, daß „strenge rheinische Ordnung" herrschen solle. Bisher war Simrock's Mahnung: „An den Rhein, an den Rhein, zieh' nicht an den Rhein!" in einem anderen Sinne verstanden worden. Die „Kölnische Zeitung" meint, „es war nur gut, daß der heilige Vater nicht in der Versammlung anwesend war", und wahrlich läßt der Gedanke sich schwer unterdrücken, daß eigentlich die ganze Rede Windthorst's ein frecher Kriegsruf gegen die vom Papst in dem Schreiben des Cardinal-Staatssecretairs Jacobini vertretene Auffassung war. Aber mit Lügen und Verdrehungen wurde schon auf das Auftreten des welfischen Centrumsführers Dr. Windthorst vorbereitet. Der Abgeordnete Fuchs citirte die Aeußerung, daß die Ablehnung der Militairvorlage gewiß die Kriegsgefahr heraufbeschwöre und bemerkte dazu: „Wer noch so dumm ist, solche Lügen zu glauben, der trete vor." Aber Herr Fuchs hütete sich wohl, zu erwähnen, daß die Aeußerung, die er derart dem Hohn und dem Gelächter des ultramontanen Klüngels aussetzte, der Generalfeldmarschall Graf von Moltke gethan! Diese „Schlauheit" des Herrn Fuchs rechtfertigt sicherlich schon die Bemerkung der „Kölnischen Zeitung", daß es kein Compliment ist, welches diese Versammlung für die rheinische Intelligenz darstellt. Inzwischen Herr Dr. Windthorst es versuchte, sein Auditorium über den gar nicht mißzuverstehenden Sinn des päpstlichen Schreibens hinwegzutäuschen, ist bekannt. Die „Kölnische Zeitung" bemerkt dazu:

Windthorst sagte: „Das müsse ein entarteter Sohn der katholischen Kirche sein, dem es unbequem wäre, die Stimme des heiligen Vaters zu hören!" Nun wohlan denn, Windthorst ist ein so entarteter Sohn der katholischen Kirche, daß er die Worte des Papstes sogar zu fälschen unternimmt."

Im Uebrigen läßt die „Kölnische Zeitung" der Rede Windthorst's dieselbe Charakteristik zu Theil werden, mit welcher wir die gestern von uns wiedergegebenen Aeußerungen des Redners begleiteten, versieht eine Kritik mit der treffenden Ueberschrift „Der welfische Gegenpapst" und schreibt zum Schluß:

Der alte Welfe machte schließlich den Vorschlag, man möge dem Papste in der Septennatsfrage die Vermittelung zwischen den verbündeten deutschen Regierungen und dem Centrum antragen; der Papst werde dann nicht nur die Ansichten des Herrn Schlözer, sondern auch die Meinung Windthorst's hören. Leider hat der Papst in der Septennatsfrage bereits Partei ergriffen, aber, um die eigenen Worte des Papstes zu gebrauchen, eine Vermittelung versucht. Wir denken übrigens höher vom Papst als Herr Windthorst, wir halten denselben nicht für einen Mann, der sich so leicht durch leeres, einseitiges Gerede bethören läßt, und wenn der Papst wirklich der Darstellung des Herrn Schlözer mehr Gewicht beilegt als den Einflüsterungen Windthorst's, so hat er dazu gewiß sehr triftige Gründe. Statt der Grabschrift, welche Windthorst einst dem Centrum zu geben vorschlug:

> Hier ruht das Centrum,
> niemals von seinen Feinden geschlagen,
> aber von seinen Freunden verlassen!

wird der Papst, der sich als echter Italiener durch einen klugen politischen Verstand auszeichnet, für den Fall, daß das Centrum Herrn Windthorst nicht überwindet, wohl die andere Grabschrift vorschlagen:

> Hier ruht das Centrum,
> es starb an der welfischen Krankheit!

Oder, wie der classische Dichter auf dem päpstlichen Throne es vielleicht wiedergeben würde:

> Hoc, praematura consumptum morte quiescit
> Hic Centrum, morbi victima Guelfiaci.

Jedenfalls steht die Centrumspartei jetzt vor einer verhängnißvollen Entscheidung. Aus dem Munde Windthorst's hat das Welfenthum geredet; nunmehr hat der katholische Adel, die katholische Geistlichkeit und das katholische Volk das Wort."

* * *

* Wir haben schon vor längerer Zeit den Antrag Plener, betreffend Errichtung von Arbeiterkammern in Oesterreich, mitgetheilt. Derselbe hat nun daselbst vielfache Besprechungen hervorgerufen und allmälig läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich die Arbeiter selbst zu dem Antrag verhalten. Dabei ist zu bemerken, daß in der deutschen Arbeiterbewegung seit Jahren eine gemäßigte und eine radicale Richtung um die Oberhand ringen; die letztere durch den Mangel jeglicher öffentlichen Vertretung der Arbeiter gestärkt und groß gezogen. Diese vermißt natürlich den Plener'schen Antrag als Stück- und Flickwerk, da sie ja überhaupt von einer parlamentarischen Arbeit keine Besserung erwartet. Jene ist eher geneigt, dem Plener'schen Antrag zuzustimmen, wiewohl ihr feststehendes politisches Ideal die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ist, weil sie von der Erwägung ausgeht, daß Etwas erreichen besser ist, als trotzig Alles verwerfen. Aehnlich steht es mit der czechischen Arbeiterschaft, deren gemäßigte Richtung sich in den großen Prager Versammlungen offen gegen die Verhetzungsversuche auflehnte, die von den czechischen Parteiführern zur Bekämpfung des Plener'schen Antrages insceniert wurden. Diese Anzeichen sind von um so größerer Bedeutung, als es nicht zu leugnen ist, daß die czechischen Parteiführer auf die Arbeiterschaft ihrer Nation thatsächlich einen großen moralischen Druck ausüben, da der czechische Arbeiter bei seinen socialen Ideen auch national empfindet, während die deutschen Arbeiter Oesterreichs im großen Ganzen national-gleichgiltig sind. Viele der czechischen Arbeiter sträubten sich aber doch gegen die ihnen auferlegte Zumuthung der Gregr und Genossen: Ihr sollt auch eine Wohlthat nicht von Deutschen gutheißen, weil sie eben von Gegnern Eurer Nation kommt. Auch eine am 6. Februar in Lemberg abgehaltene zahlreich besuchte Arbeiterversammlung erklärte sich für Plener's Antrag. Sämmtliche Redner billigten rückhaltlos die Intentionen des Antragstellers. Die Versammlung beschloß, sich an den Reichsrath mit der Bitte zu wenden, das Wahlrecht für Arbeiterkammern solle auf Personen, welche bereits das 21. Lebensjahr vollendet haben, sowie auf die Frauen ausgedehnt werden; ferner solle den Arbeiterkammern in Lemberg, Krakau und Brody das Recht, je einen Vertreter ins Abgeordnetenhaus zu entsenden, eingeräumt werden. Die Versammlung faßte überdies den Beschluß, diese Petition im Abgeordnetenhause durch Dr. Kronawetter, der jetzt so weit links steht, daß er sich zum Collectivismus bekennt, überreichen zu lassen, da es nahezu gewiß sei, daß von den polnischen Abgeordneten sich kein einziger der Sache der Arbeiter annehmen werde.

* Der „Stralsunder Zeitung" gehen aus Petersburg von einem gründlichen Kenner und nüchternen Beurtheiler der Lage Mittheilungen zu, denen wir das Folgende entnehmen:

„Die „große Gesellschaft" durchtost zur Zeit die Carnevalsfreuden und kümmert sich mit echt russischer Leichtfertigkeit dabei so wenig als möglich um Politik. In den mittleren, besonders den industriellen Kreisen aber hält das Gespenst der Sorge seinen Rundgang. Selbst zu den schlimmsten Zeiten des letzten russisch-türkischen Krieges ist die Physiognomie dieser Gesellschaftsschicht nicht eine so traurige gewesen. Die Verluste, welche Rußland seit dem Ausbruch der bulgarischen Wirren erlitten hat, lassen sich schon nicht mehr in Millionen ausdrücken. Es ist eine Kriegscontribution ohne Krieg gezahlt worden, und vorläufig sind es die Kaufleute, welche die Kosten decken mußten, während der allgemeine Rückschlag auf alle Kreise sich erst später empfindlich machen wird. Die Leute ringen die Hände nach Ruhe — von Kriegsgelüsten ist bei ihnen keine Spur zu finden. Unter den Arbeitern, besonders im Innern des Reichs, soll es stark gähren. Schon in den vergangenen Jahren hat es nicht an Unruhen — hier unterdrückt man sie rasch und sucht den Leuten Unterhalt zu verschaffen — gefehlt, aber in diesem Winter hat sich das Proletariat schrecklich vermehrt. Der neue Finanzminister ist in heller Verzweiflung. Er hat eine Finanzreform in Aussicht gestellt, und nun ereignet es sich im ersten Vierteljahr seiner Thätigkeit, daß der Rubelcours in einem Maße sinkt, wie es die sogenannten ältesten Leute nicht erlebt haben. Hier will man schnelle Erfolge sehen und muß nun die herbe Erfahrung machen, daß auch der neue Minister nur mit dem alten Satze zu rechnen hat: „Schafft uns eine gute Politik und ich will euch gute Finanzen schaffen!"

Der Kaiser, der sich zur Zeit in Petersburg befindet, soll, wie man sich erzählt, schon einen gewissen Widerwillen gegen die auswärtige Politik hegen, der er sich seit etwa einem Jahre mit einer Lebhaftigkeit hingegeben hat, die seinem sonstigen Charakter nicht entspricht. Sogar in der bulgarischen Frage — und das will viel heißen — soll sich bei ihm der Ueberdruß geltend machen. Er hat die bittere Erfahrung machen müssen, daß sich auch dem Selbstherrscher aller Reußen Schranken entgegenstellen, die heut zu Tage nicht mehr durch das bloße „Ich will!" durchbrochen werden können. Seine Mäßigung versehlt natürlich nicht, auf die Regierung und das Militair Einfluß auszuüben."

* Zur Lage in Albanien meldet die „Politische Correspondenz" aus Scutari d'Albania, 27. Januar:

Am 21. Januar ist der neuernannte Generalgouverneur und Militaircommandant von Scutari, Tahir Pascha, hier eingetroffen und seitens des Militaircommandos, der Civilfunctionäre des Gouvernements und der Notabilitäten der Bevölkerung in feierlicher Weise empfangen worden. Am folgenden Tage wurde in dem großen Hofe des Regierungspalastes der Firman des Sultans, durch welchen Tahir Pascha zum Generalgouverneur ernannt wurde, zur Verlesung gebracht. Sämmtliche Civilbeamte, die vornehmsten christlichen und mohamedanischen Bürger der Stadt und 5 Bataillone der Garnison von Scutari haben diesem Acte beigewohnt. Nach Verlesung des Firmans richtete Tahir Pascha an die Anwesenden eine lange Ansprache, in welcher er dem Wunsche des Sultans nach Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe im Vilajet Ausdruck gab. Hierauf empfing Tahir Pascha die in Scutari residirenden Consularvertreter der Mächte und den katholischen Klerus mit dem Erzbischof Mgr. Guerini an der Spitze. Diese Empfänge fanden in möglichst feierlicher Weise statt; die erwähnten Persönlichkeiten wurden beim Eintritt in das Regierungsgebäude von einer Compagnie Soldaten mit den entsprechenden Ehrenbezeugungen begrüßt. Am 25. Januar hat Tahir die Besuche der Consularbehörden erwidert.

Tahir Pascha, der bisher noch nie eine Civilfunction bekleidet hat, macht den Eindruck eines energischen und intelligenten Mannes. Die Bevölkerung giebt sich der Hoffnung hin, daß die Angelegenheiten des Vilajets in Tahir Pascha einen gewissenhafteren und thätigeren Leiter und namentlich die Handelsinteressen einen verständigeren Förderer finden werden als in dem bisherigen Gouverneur Aßim Pascha. Was Letzteren betrifft, haben die vornehmsten Bürger von Scutari heimlich via Antivari an die Pforte ein Telegramm gerichtet, in welchem sie den zu Gunsten des Verbleibens Aßim Pascha's auf dem Scutariner Posten von einigen Anhängern desselben unternommenen Schritt als den Wünschen der Bevölkerung durchaus widersprechend bezeichnen. Es läßt sich im Gegentheil behaupten, daß die Bevölkerung die Berufung Aßim Pascha's mit Befriedigung aufgenommen hat, da sie von seinen Willkürakten, seiner Rücksichtslosigkeit betreffs der materiellen Interessen der Bevölkerung viel zu leiden hatte. Gerade aus der letzten Zeit datirt eine Maßregel Aßim Pascha's, welche bei der Bevölkerung des Vilajets das unangenehmste Andenken zurücklassen wird. Trotz des befriedigenden Gesundheitszustandes, der in Montenegro herrscht, hat es dem gewesenen Generalgouverneur beliebt, das Vilajet durch einen Cordon von Montenegro abzusperren, wodurch der Handel zwischen Scutari und diesem Fürstenthume empfindlich geschädigt wurde. Die Bevölkerung hofft, daß die Aufhebung dieser drückenden Maßregel einen der ersten Acte des neuen Generalgouverneurs bilden werde. Die Verschleppung der türkisch-montenegrinischen Grenzregulirung wird gleichfalls hauptsächlich dem gewesenen Generalgouverneur aufs Kerbholz geschrieben.

* Zu den französischen Rüstungen schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Unsere Oppositionellen, denen der Himmel der internationalen Beziehungen seit ihrer feinsten Auswertung des Septennatsconflictes voller Friedensgeigen hängt, lassen sich in diesem ihrem zu Zwecken der Wahltaktik gedichteten Idyll auch durch die Pariser Meldung nicht irre machen, wonach von der royalistischen Gruppe der Deputirtenkammer beschlossen wurde, für den vom Kriegsminister General Boulanger geforderten Credit im Betrage von 87 Millionen Francs zu stimmen. Die Royalisten sind der zur Zeit in Frankreich bestehenden politischen Ordnung nicht weniger als hold; nach der Theorie unserer Oppositionsfanatiker müßten sie daher Francs und Sous alles niederstimmen, was ihnen regierungsseitig in die parlamentarische Quere kommt, gleichviel, ob durch solche Taktik absolutester Verneinung nationale Interessen ersten Ranges unheilbar geschädigt werden oder nicht. Wie das Beispiel indessen lehrt, denkt man in den französischen Oppositionskreisen, und zwar selbst solchen Oppositionskreisen, die sich zu dem herrschenden Regime nicht in gelegentlichem, sondern in grundsätzlichem Widerstreite befinden, anders. Allem voran setzt man das nationale Interesse, erst wenn diesem genug geschehen, denkt man an das Interesse der Partei und Fraction. Herr Eugen Richter hat für diese Art und Weise, öffentliche Dinge politisch-parlamentarisch zu behandeln, den geschmackvollen Ausdruck „Gesinnungsklamperei" erfunden. Habeat sibi. Jedenfalls trägt diese „Gesinnungsklamperei" ganz erheblich dazu bei, die Kriegsrüstung unserer westlichen Nachbarn und das Bewußtsein ihrer nationalen Solidarität beim Eintritt des psychologischen Moments auf die Höhe der Situation zu heben, indeß unsere Opposition in behaglicher „Gesinnungstüchtigkeit" dahin strebt, das deutsche Schwert in der Scheide einrosten zu lassen, auf die Gefahr hin, daß es im Augenblick der Noth den Dienst versagt. Nach dem, was uns an deutschen Kraftleistungen seitens der Opposition schon Alles vorgekommen ist, sollte es uns gar nicht Wunder nehmen, wenn sie die Bewilligung der Boulanger'schen Creditforderung von 87 Millionen als eine der ersten Folgen der deutschen „Herausforderungen" hinstellte und aus ihr ein Argument entlehnte, nun erst recht gegen das Septennat zu stimmen, weil die Annahme desselben Herrn Boulanger den Vorwand zu noch weiteren Creditforderungen bieten würde. Nebenbei versteht es sich, in Anlehnung der unserer Oppositionspolitiker so überaus genau bekannten Friedensabsichten der Franzosen ganz von selbst, daß die in Rede stehenden 87 Millionen Francs nicht etwa zur Anschaffung neuer Gewehre oder dergleichen Verwendung finden, sondern daß Herr Boulanger mit dem Gelde jedem Soldaten einen Schäferstecken und jedem Spielmann eine sanfte Schalmei kauft. In Frankreich ist und bleibt nach oppositioneller Logik das harmlose Lämmchen, Deutschland aber ist der grimme Wolf, der das Wasser trübt. Der „Moloch des deutschen Militarismus", ist der fressende Krebsschaden unseres Erdtheils, die große Fortschritts-